



**Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.**  
Sektion Halle (Saale)

**Pressebericht**  
**zur Abschlussveranstaltung**  
**der Wintervortragsreihe 2009/2010**  
**„Sicherheitsrisiko Klimawandel – Die Krisen der Zukunft?“**  
**der GfW-Sektion Halle**

in Kooperation mit  
Stadt Halle

Landeskommando Sachsen-Anhalt der Bundeswehr, Magdeburg  
Reservistenverband der Bundeswehr – Landesgruppe Sachsen-Anhalt  
Jakob Kaiser Stiftung, Königswinter – Weimar

**am Dienstag, 23. März 2010, 19:00 Uhr im Stadthaus**

## **Klimaflüchtlinge - Die verleugnete Katastrophe**

**Halle.** „Von Politik und Öffentlichkeit bisher meist ignoriert, steuere die Völkergemeinschaft auf eine humanitäre Katastrophe unbekanntem Ausmaßes zu. Die Klimaerwärmung verschlechtere für Millionen von Menschen die natürlichen Lebensgrundlagen, so dass vielen in Folge dessen als einziger Ausweg nur noch die nackte Flucht bliebe.“ Zu diesem Ergebnis gelangt der Hamburger Professor für Internationale Politik, Dr. Cord Jakobeit, nachzulesen in der von ihm (mit Dipl.-Pol. Chris Methmann als Co-Autor) im Auftrag von Greenpeace International erstellten Studie „Klimaflüchtlinge. Die verleugnete Katastrophe.“

Der Klimawandel als Ursache von Flucht und Migration stand am 23. März 2010 auch im Mittelpunkt des Vortrags von Professor Dr. Cord Jakobeit im Stadthaus, mit der die Sektion Halle der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. ihre vierteilige Wintervortragsreihe 2009/2010 zum Leitthema „Sicherheitsrisiko Klimawandel – Die Krisen der Zukunft?“ beendete. Der international beachtete Politikwissenschaftler und zugleich Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften in Hamburg gab dem interessierten Publikum im großen Festsaal des Stadthauses einen Überblick über den aktuellen wissenschaftlichen Diskurs zum Thema Klimaflüchtlinge. Er erörterte, worin sich Klimaflüchtlinge von anderen Flüchtlingsgruppen unterscheiden, mit welchen Menschenmengen an Migranten gerechnet werden muss und wo die sogenannten „Hot-Spots“ – also durch Klimaerwärmung besonders bedrohte Weltregionen – liegen.

Während in den Naturwissenschaften inzwischen ein (relativer) Konsens über Ursachen und Wirkungen des Klimawandels herrsche, stehe die wissenschaftliche Diskussion über Klimaflucht noch am Anfang, erläuterte Professor Jakobeit. So sei insbesondere die definitorische Abgrenzung der Klimaflucht von anderen Fluchtursachen äußerst problematisch. Da die komplexen Wirkungszusammenhänge zwischen Armut, Klimawandel und anderen Umweltproblemen keine genaue Quantifizierung zuließen, gingen auch die Schätzungen der zu erwartenden Zahl an Menschen, die aufgrund von existenzgefährdender Umweltzerstörung ihren natürlichen Lebensraum zeitweilig oder auf Dauer verlassen müssten (vgl. Definition von El-Hinnawi, 1985), sehr weit auseinander. Es sei geradezu ein Überbietungswettbewerb mit immer höheren Zahlen festzustellen, so Professor Jakobeit. Solche Zahlenprognosen seien jedoch kaum seriös. Dennoch mehren sich die Indikatoren weltweit, dass der Klimawandel nicht nur bei den Inselstaaten bereits zu einer erklärenden Variablen für Migration werde. Eine völlig unstrittige Erkenntnis sei dagegen, dass diejenigen, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich seien, am stärksten von seinen Folgen heimgesucht würden.

Klimawandel führe nicht per se zur Flucht, betonte der Hamburger Politikwissenschaftler. Entscheidender Fluchtfaktor sei die Verwundbarkeit der betroffenen Menschen. Je höher die

Verwundbarkeit, desto höher die Fluchtwahrscheinlichkeit. Bestimmende Größen für die Verwundbarkeit sei zum einen das Ausmaß der Betroffenheit von den diversen Erscheinungsformen des Klimawandels, zum anderen der Grad des Mangels an Anpassungsfähigkeit an die sich verändernden Lebensumstände, erläuterte Professor Jakobeit und ergänzte, dass gerade dort, wo Armut und ausbleibende Entwicklungserfolge vorherrschten, Flucht und Migration oft den einzigen Ausweg darstellten.

Während in Afrika und Zentralasien Wasserknappheit und Desertifikation der landwirtschaftlichen Flächen die Menschen zur Flucht trieben (vgl. Nachschau zum Vortrag von Prof. Dr. Rainer Tetzlaff am 10.02.2010), sei es in Bangladesch und auf einigen kleinen Inselstaaten im Pazifik der steigende Meeresspiegel, der den Menschen den Lebensraum nimmt. Laut einer Berechnung der Weltbank mache der Anstieg des Meeresspiegels um nur einen Meter etwa 56 Millionen Menschen in 84 (Entwicklungs-) Ländern zu Klimaflüchtlingen. Allein in Bangladesch würde ein solcher Meeresspiegelanstieg 18% des Landes überfluten und damit 35 Millionen Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

Am Beispiel des Hurrikans „Katrina“ machte der Professor deutlich, dass Klimaflucht kein ausschließlich auf Entwicklungsländer beschränktes Problem sei. Katrina löste in den USA die größte Flüchtlingswelle seit 150 Jahren aus. Es sei davon auszugehen, dass von den 1 Millionen Flüchtlingen etwa 250.000 langfristig nicht in ihre angestammte Heimat zurückkehren werden können. Besonders betroffen seien auch hier insbesondere Arme und Afroamerikaner.

Zum Schluss seines Vortrags widmete sich Professor Jakobeit der Verantwortung der Verursacherländer und sparte hierbei nicht mit Kritik. Die Industrienationen, mit etwa 80 Prozent Ausstoß an klimazerstörenden Treibhausgasen die Hauptverursacher der globalen Erwärmung, ließen den Opfern ihres unverantwortlichen Treibens bisher kaum oder nur unzureichende humanitäre Hilfe zukommen und schotteten sich zudem vollkommen gegen Klimaflüchtlinge ab.

Jakobeit wies auf die Dringlichkeit eines rechtsverbindlichen globalen Klimaschutzes hin und forderte eine Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 Prozent des Niveaus von 1990, um den Temperaturanstieg auf 2 Grad zu begrenzen. Allerdings werden selbst sofortige, wirksame Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgase das Ausmaß der Flüchtlingsströme nur begrenzen, aber nicht mehr gänzlich verhindern können, da die Folgen des Klimawandels in manchen Regionen der Welt bereits irreversibel seien.

Der Politikwissenschaftler forderte zweitens neue und zusätzliche Finanz- und Technologietransfers für die Entwicklungsländer als Lastenausgleich zwischen den Hauptverursachern des Klimawandels und den weitgehend unschuldigen Opfern in der Dritten Welt.

Drittens forderte Jakobeit für die Menschen, die in Folge der Klimaerwärmung ihr wenig Hab und Gut zurücklassen und in eine ungewisse Zukunft fliehen müssten, eine Anpassung des Migrationsrechts, so etwa durch eine Revision bzw. Erweiterung der Genfer Flüchtlingskonvention oder eines „Klimaflüchtlings-Protokoll“ als Erweiterung der UN-Klimarahmenkonvention.

Ein aufrüttelnder Vortrag über eine humanitäre Katastrophe, bei der man, das sei abschließend anzumerken, den sicherheitspolitischen Aspekt nicht außer Acht lassen sollte, den Javier Solana auf den Punkt brachte mit seiner Feststellung: „Europa muss einen deutlich erhöhten Migrationsdruck erwarten.“ Die Klimaflucht berührt also unmittelbar auch unsere ureigensten Sicherheitsinteressen. Je weniger die europäischen Industrienationen bereit sind, die klimazerstörenden Treibhausgase zu reduzieren und in einen fairen Lastenausgleich zu investieren, desto größer und unkalkulierbarer wird quasi als Boomerang-Effekt der Migrationsdruck auf unsere Gesellschaften.

Jürgen Rann, Oberstleutnant a.D., GfW-Sektionsleiter Halle